

No. 32438

**AUSTRIA
and
ESTONIA**

**Agreement on bilateral foreign trade relations. Signed at
Vienna on 26 April 1993**

Authentic text: German and Estonian.

Registered by Austria on 23 January 1996.

**AUTRICHE
et
ESTONIE**

**Accord relatif aux relations économiques extérieures bila-
térales. Signé à Vienne le 26 avril 1993**

Texte authentique : allemand et estonien.

Enregistré par l'Autriche le 23 janvier 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK ESTLAND ÜBER DIE BILATERALEN AUSSEN- WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Die Republik Österreich und die Republik Estland, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
- im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich und die Republik Estland behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen,
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung, industrielle Dienstleistungen,
- Land- und Forstwirtschaft, Agrar- und Forsttechnik, landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen,
- Agro- und Lebensmittelindustrie; Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen einschließlich Rüstungskonversion,
- Textilindustrie einschließlich Bekleidungsindustrie,

- Holzbe- und -verarbeitende Industrie, Papier- und Zelluloseindustrie,
- Metallurgie und metallverarbeitende Industrie, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hüttenwerks- und Metallurgietechnik,
- chemische Industrie einschließlich Erzeugung von Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Produktion und Vermarktung von Chemikalien,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Vermarktung von mineralischen Rohstoffen einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
- Bergbau,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Transport und Vermarktung von Energieträgern,
- Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerks- und Hochspannungsleitungsnetzes, Energielieferungen,
- Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz,
- Produktion von Baumaterialien,
- Gesundheitswesen, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- finanzielle und Bankdienstleistungen,
- Berufsausbildung und Managementschulung,
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie,
- Straßenbau,
- Recycling und Abfallverwertung,
- Transportwesen,
- Eisenbahn,
- Luftfahrt,
- Schifffahrt,
- Telekommunikation,
- Wasserwirtschaft.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

Artikel 6

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Estland erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 7

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 11

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 12

Auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien wird eine „Gemischte Kommission“ nach Österreich oder nach Estland einberufen, um die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu erörtern, Möglichkeiten zu deren Weiterentwicklung aufzuzeigen sowie gegebenenfalls Lösungsvorschläge für aktuelle, sich aus dem vorliegenden Abkommen ergebende Fragen zu erstellen.

Artikel 13

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert der „Handelsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Estländischen Republik“ vom 11. Dezember 1928 einschließlich „Schlußprotokoll“ seine Wirksamkeit.

Geschehen zu Wien, am 26. April 1993, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und estnischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

WOLFGANG SCHÜSSEL

Für die Republik
Estland:

TOOMAS SILDMÄE

[ESTONIAN TEXT — TEXTE ESTONIEN]

EESTI VABARIIGI JA AUSTRIA VABARIIGI VAHELINE KAHE- POOLSETE VÄLISMAJANDUSSUHETE LEPING

Eesti Vabariik ja Austria Vabariik, edaspidi nimetatud kui "lepingupooled",

- juhindudes soovist tugevdada olemasolevaid kahepoolseid välismajandussuhteid,
- püüdes edendada kaubavahetust ning majanduslikku , tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd võrdsuse ja vastastikuse kasu alusel,
- veendumuses, et uus kokkulepe kahepoolsete välismajandussuhete kohta loob soodsad eeldused ning soodsa aluse kahepoolsete välismajandussidemete edasiarendamiseks,
- lähtudes turumajanduse põhimõtetest
- kooskõlas mõlemas riigis kehtiva seadusandlusega,

on kokku leppinud järgnevas:

A r t i k k e l 1

Lepingupooled kohustuvad oma kehtiva seadusandluse raamides hõlbustama ja soodustama mõlema riigi ettevõtete, organisatsioonide, ühingute ja asutuste, järgnevalt nimetatud kui "ettevõtted", vahelisi kahepoolseid välismajandussidemeid.

A r t i k k e l 2

- (1) Eesti Vabariik ja Austria Vabariik käsitlevad teineteist enamsoodustuse põhimõttel tolli- ja muude maksude, samuti nende tolli- ja muude vormistamismenetluse suhtes, mida rakendatakse kaupade sisse- ja väljaveo puhul.
- (2) Lepingupooled on ühel nõul selles, et enamsoodustus ei kehti kontsessioonide, soodustuste või vabastuste kohta, mida üks lepingupooltest on andnud või annab:
 - a) naaberriikidele piirikaubanduse hõlbustamiseks,
 - b) riikidele, kes kuuluvad koos temaga juba olemasolevasse või tulevikus loodavasse tolliliitu või vaba- või eeliskaubandustsooni,
 - c) kolmandatele riikidele mitmepoolsete kokkulepete rakendamisel, millest teine lepingupool osa ei võta.

A r t i k k e l 3

- (1) Lepingupooled hakkavad oma võimaluste piires vastavalt antud riikides kehtivale seadusandlusele edendama majanduslikku, tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd.
- (2) Lepingupooled on ühel nõul selles, et järgmistes valdkondades on olemas eriti sobivad koostöövõimalused:
 - ühisettevõtete loomine ning otsesed investeeringud,
 - tehnoloogiate ja oskusteabe vahetamine, rakenduslikud uurimused ja tööstusteenused,
 - põllu- ja metsamajandus, põllu- ja metsamajandustehnika, põllumajandusmasinad ja -seadmed,
 - põllumajandus- ja toiduainetetööstus;
 - põllumajandustoodete töötlemine ja säilitamine,

- olemasolevate seadmete taastamine, moderniseerimine, ümberhitamine ja automatiseerimine, k.a. nende ümberprofileerimine endistes sõjatööstusele spetsialiseerunud ettevõtetes,
- tekstiilitööstus, k.a. õmblustööstus,
- metsatööstus ja puitu töötlev tööstus, paberi- ja tselluloositööstus,
- metallurgia ja metalli töötlev tööstus, koostöö metallurgiakombinaatide ja metallurgiatehnika alal,
- keemiatööstus, sealhulgas väetiste ja taimekaitsevahendite valmistamine; kemikaalide tootmine ja turustamine,
- mineraalsete toorainete otsimine, kaevandamine, töötlemine ning turustamine, sealhulgas koostöö kolmandate riikide turgudel,
- mäeasjandus,
- energiaallikate otsimine, saamine, töötlemine transport ja turustamine,
- elektri jaamade- ja kõrgepingeliinide võrgu väljaehitamine ja uuendamine, energiatarned,
- keskkonna-, loodus- ja maastikukaitse,
- ehitusmaterjalide tootmine,
- tervishoid, meditsiini- ja farmaatsiatööstus,
- finants- ja pangandusteenused,
- erialane väljaõpe ja juhtide koolitus,
- messide, näituste ja seminaride organiseerimine ja läbiviimine, majandusdelegatsioonide ja ekspertide vahetus.

- (3) Kõikides koostöövaldkondades tuleb projektid ellu viia vastavalt keskkonnatehnoloogia kõige kõrgematele standarditele.

A r t i k k e l 4

Olles teadlikud majanduslikult otstarbekate ja ökoloogiliselt lubatavate infrastruktuuri süsteemide realiseerimise häda-

vajalikkusest, pühendavad lepingupartnerid suurimat tähelepanu koostööle järgmistes valdkondades:

- energiamajandus,
- teedehitus,
- jäätmete töötlemine ja nende ärakasutamine,
- transport,
- raudteeliiklus,
- õhuliiklus,
- laevaliiklus,
- side ja telekommunikatsioonid,
- veemajandus.

A r t i k k e l 5

Lepingupooled on ühel nõul selles, et turism saab oluliselt kaasa aidata kahepoolsete välismajandussidemete süvendamisele.

- (1) Vastavalt riigis kehtivale seadusandlusele ning tuginedes ÜRO 1963. a. Rooma turismi ning rahvusvaheliste reiside alase konverentsi soovitustele, samuti 1985.a. Sofia "Turismihartale ja turistidekoodeksile" edendavad mõlemad lepingupooled turismi.
- (2) Turismiprojektide ning vastava infrastruktuuri väljaehitamise alane majanduslik, tööstuslik, tehniline, teaduslik-tehniline ja ametialane koostöö peab toimuma keskkonnakaitse ja kvalitatiivse turismi põhimõtete järgi.

A r t i k k e l 6

Eesti Vabariigi ja Austria Vabariigi vaheline arveldus toimub kooskõlas kummaski riigis parajasti kehtivate õigussätetega vabalt konverteeritavas valuutas.

A r t i k k e l 7

- (1) Käeoleva lepingu raamides toimuvat kaubavahetust ning majanduslikku, tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd teostatakse kaubanduslikel alustel.
- (2) Mõlema riigi ettevõtete vaheline kaubandus toimub turuhindades.

A r t i k k e l 8

- (1) Lepingupooled alustavad konsultatsioone, kui lepingupoolte vahelises kaubanduses tuuakse mõnda kaupa sisse sellistes kogustes, selliste hindadega või sellistel tingimustel, et siseriiklikele sarnaste või otseselt konkureerivate kaupade tootjatele tekitatakse või ähvardatakse tekitada tõsist kahju.
- (2) Kui lepingupooled jõuavad konsultatsioonide käigus üksmeelsele otsusele, et tegemist on lõigus 1 nimetatud olukorraga, siis piiratakse eksporti või võetakse tarvitusele muud abinõud kahju ärahoidmiseks või kõrvaldamiseks.
- (3) Kui lepingupooled ei saavuta üksmeelt, siis võib konsultatsioone taotlenud lepingupool antud kaupade impordi nii palju ja nii kaua piirata, kui on vajalik kahju ärahoidmiseks või kõrvaldamiseks. Teisel lepingupoolel on vastavalt õigus oma kohustustest esimese lepingupoolle suhtes võrdväärse kaubandusliku mahu võrra kõrvale kalduda.
- (4) Juhul kui viivitus põhjustaks tõsist kahju, võib ajutised abinõud tarvitusele võtta ilma eelnevate konsultatsioonideta. Sellisel juhul teatab esialgsed abinõud tarvitusele võtnud lepingupool sellest viivitamatult kirjalikult teisele lepingupoolle. Seejärel tuleb koheselt alustada konsultatsioonidega.

- (5) Käesoleva artikliga kooskõlas olevate abinõude valikul eelistavad lepingupooled abinõusid, mis käesoleva lepingu edasikehtimist kõige vähem kitsendavad.

A r t i k k e l 9

Lepingupooled mõistavad väikeste ja keskmise suurusega ettevõtete suurema osavõtu kasulikkust ja vajalikkust kahepoolsetes välismaajandussuhetes.

A r t i k k e l 10

- (1) Lepingupooled soovivad ettevõtetele vaidluste lahendamiseks üksmeelseid sõbralikke lahendusi.
- (2) Mõlemas riigis kehtiva seadusandluse raames ning tulenevalt lepingulistest kokkulepetest ettevõtete vahel soodustavad
- a) lepingupooled kaubandus- ja koostöötehingutega, samuti ühisettevõtete asutamisega ning lepingupoolte ettevõtete vaheliste otseinvesteeringutega seotud vaidlusküsimuste lahendamist vahekohtute kaudu,
 - b) ÜRO rahvusvahelise kaubandusõiguse komisjoni (UNCITRAL) poolt väljatöötatud vahekohtureeglite kasutamist ning sellise riigi vahekohtu kaasamist, kes on alla kirjutanud 1958.a. New York'is sõlmitud välismaiste kohtuotsuste tunnustamise ja täideviimise kokkuleppele.

A r t i k k e l 11

Käesoleva lepingu lõppemine või muutmine ei mõjuta tema kehtimise ajal mõlema riigi ettevõtjate poolt endale võetud õiguslikke kohustusi.

A r t i k k e l 1 2

Lähtudes ühe või teise lepingupoole soovist, kutsutakse kas Eestis või Austrias kokku vastav "segakomisjon", kes uurib kahepoolseid välismajandussuhteid, toob välja nende edasiarenemisvõimalused ning teeb ettepanekuid käesoleva lepinguga seotud aktuaalsete küsimuste lahendamiseks.

A r t i k k e l 1 3

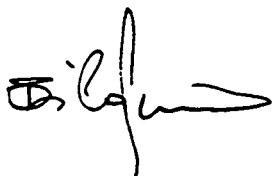
- (1) Ühe või mõlema lepingupoole osaledes Euroopa Majandusruumis (EMR) või liitudes Euroopa Ühendustega (EÜ) või mõne nendest lähtuva organisatsiooniga, ei ole lepingupooled käesoleva lepinguga seotud sedavõrd, kuiivõrd ta on kokkusobitamatu uuest ühendusest tuleneva õigusliku seisundiga.
- (2) Sellisel juhul määravad lepingupooled ühiselt ära käesoleva lepingu kehtima jäävad sätted.

A r t i k k e l 1 4

- (1) Käesolev leping sõlmitakse üheks aastaks ja see pikeneb taas ühe aasta võrra, kui ükski lepingupooltest pole kolm kuud enne selle kehtivuse tähtaja lõppemist diplomaatilisi kanaleid kaudu seda kirjalikult tühistanud.
- (2) Käesolev leping jõustub kolmanda kuu esimesel päeval, mis järgneb kuule, mil lepingupooled teineteisele on teatanud, et nende vastavad siseriiklikud eeldused selle lepingu jõustumiseks on täidetud.
- (3) Käesoleva lepingu jõustumisega kaotab "Kaubandusleping Eesti Vabariigi ja Austria Vabariigi vabel." 11. detsembrist 1928.a. kaasa arvatud "Lõpp-protokoll" oma kehtivuse.

Sõlmitud... *Viin*, *26. 04.*.....19*93* kahes originaalis
eesti ja saksa keeles, kusjuures mõlemad tekstid on vordset
autentsed.

Eesti Vabariigi
nimel:



Austria Vabariigi
nimel:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
REPUBLIC OF ESTONIA ON BILATERAL FOREIGN TRADE
RELATIONS

The Republic of Austria and the Republic of Estonia, hereinafter called the
“Contracting Parties”,

Desiring to strengthen existing bilateral foreign trade relations,

In an effort to promote the exchange of goods and economic, industrial, techni-
cal and technological cooperation on a basis of equal rights and mutual advantage,

Convinced that the present Agreement will create favourable conditions and an
appropriate basis for the further development of bilateral foreign trade relations,

On the basis of market economy principles,

In accordance with the laws in force in the two States,

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties, in accordance with the laws in force in their respective
States, shall facilitate and promote bilateral foreign trade relations between the en-
terprises, organizations, companies and institutions, hereinafter called the “enter-
prises”, of the two States.

Article 2

(1) The Republic of Austria and the Republic of Estonia shall accord each
other most-favoured-nation treatment with respect to customs duties and other
taxes levied in connection with the import or export of goods and with respect to the
procedure for assessing such duties and taxes.

(2) The Contracting Parties agree that most-favoured-nation treatment shall
specifically not apply to concessions, advantages or exemptions that either of the
Contracting Parties grants or will grant to:

(a) Neighbouring States to facilitate cross-border traffic;

(b) States that are fellow members of a customs union or a free trade or prefer-
ential trade area that already exists or will be set up in the future;

(c) Third States in application of multilateral agreements to which the other
Contracting Party is not a party.

¹ Came into force on 1 December 1995, i.e., the first day of the third month following the month in which the
Contracting Parties had notified each other (on 6 August 1993 and 1 September 1995) of the completion of the required
internal procedures, in accordance with article 14 (2).

Article 3

(1) Insofar as it lies within their power and in accordance with the laws in force in their respective States, the Contracting Parties shall promote economic, industrial, technical and technological cooperation.

(2) The Contracting Parties agree that there are special opportunities for co-operation in the following areas:

- Establishment of joint enterprises and direct investments;
- Transfer of technology and know-how, applied research, industrial services;
- Agriculture and forestry; agricultural and forestry techniques; agricultural machinery and equipment;
- Agro- and food industries; processing and storage of agricultural products;
- Revitalization, modernization, expansion and automation of existing plants and industries, including retrofitting;
- Textiles, including the garment industry;
- The wood-milling, wood-processing, paper and cellulose industries;
- The metallurgy and metal-working industries; cooperation in the area of iron and steel and metallurgical technology;
- The chemical industry, including the manufacture of fertilizers and pesticides; the production and marketing of chemicals;
- Exploration, extraction, treatment, processing and marketing of mineral ores, including cooperation in third-country markets;
- Mining;
- Exploration, extraction, treatment, processing, transport and marketing of energy sources;
- Expansion and revitalization of the power plant and high-voltage power line system; power supply;
- Environmental protection, nature conservation and preservation of the landscape;
- Production of building materials;
- Health care; the medical and pharmaceutical industries;
- Financial and banking services;
- Vocational and management training;
- Organization and holding of trade fairs, expositions and seminars; exchange of economic missions and experts.

(3) In all areas of cooperation, projects shall be carried out as a matter of principle according to the highest standards of environmental technology.

Article 4

Mindful of the need to create economically sound and ecologically sustainable infrastructure systems, the Contracting Parties shall devote the greatest attention to cooperation in the following areas:

- Energy
- Road construction
- Recycling and waste treatment
- Transportation
- Railways
- Aviation
- Shipping
- Telecommunications
- Water resource management.

Article 5

The Contracting Parties agree that tourism can contribute substantially to the deepening of bilateral trade relations.

(1) The two Contracting Parties shall promote tourism in accordance with the laws in force in their respective States and in keeping with the recommendations of the United Nations Conference on International Travel and Tourism, Rome, 1963, and of the "Tourism Bill of Rights and Tourist Code", Sofia, 1985.

(2) Economic, industrial, technical, technological and professional cooperation in tourism projects and in the further development of the corresponding infrastructure shall be conducted in accordance with the principles of environmental protection and quality tourism.

Article 6

Payment transactions between the Republic of Austria and the Republic of Estonia shall take place in freely convertible currency in accordance with the laws in force at the time in each of the two States.

Article 7

(1) The exchange of goods and economic, industrial, technical and technological cooperation under this Agreement shall be conducted on a commercial basis.

(2) Trade between enterprises of the two States shall be conducted at fair market prices.

Article 8

(1) The Contracting Parties shall enter into consultations as soon as any goods are imported in trade between the Contracting Parties in such quantities, at such prices or under such conditions that serious damage is caused or threatened to be caused to domestic manufacturers of goods of the same type or of directly competing goods.

(2) If the Contracting Parties both come to the conclusion in such consultations that a situation of the kind mentioned in paragraph 1 exists, exports shall be restricted or other measures shall be taken to prevent or eliminate the damage.

(3) If the Contracting Parties do not reach agreement, the Contracting Party that has called for the consultations shall be at liberty to restrict imports of the goods in question to the extent and for the length of time required to prevent or eliminate

the damage. The other Contracting Party shall then be at liberty to derogate from its commitments towards the first Contracting Party with respect to a volume of trade of essentially equal value.

(4) In cases in which delay would result in serious damage, provisional measures may be taken without prior consultations. In that event, the Contracting Party that has taken provisional measures must immediately so inform the other Contracting Party in writing. Thereupon, consultations shall be undertaken immediately.

(5) In the choice of measures pursuant to this Article, the Contracting Parties shall give preference to measures that least impair the continued operation of this Agreement.

Article 9

The Contracting Parties recognize the utility and necessity of greater participation by small and medium-sized enterprises in bilateral foreign trade relations.

Article 10

(1) The Contracting Parties shall recommend to enterprises that they settle their disputes primarily through mutually agreed amicable solutions.

(2) In accordance with the laws in force in the two States and on the basis of the contractual agreements between the enterprises, the Contracting Parties shall promote:

(a) The settlement by arbitral tribunals of disputes between enterprises in connection with trade and cooperation matters and with the establishment of joint ventures and direct investments of the Contracting Parties;

(b) The application of the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law¹ (UNCITRAL) and recourse to an arbitral tribunal of a State signatory to the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards concluded in New York in 1958.²

Article 11

The expiration or amendment of the present Agreement shall not affect any legally binding commitments undertaken by the enterprises of the two States during the period the present Agreement is in force.

Article 12

At the request of either of the two Contracting Parties, a joint commission shall be convened in Austria or Estonia to discuss bilateral foreign trade relations, identify opportunities for their further development and make proposals, if necessary, for resolving current issues arising out of the present Agreement.

Article 13

(1) Upon the entry of one or both of the Contracting Parties into the European Economic Area (EEA) or accession to membership in the European Communities (EC) or a successor organization thereof, the Contracting Parties shall not be bound by this Agreement to the extent that it is incompatible with the legal position resulting therefrom.

¹ United Nations, *Official Records of the General Assembly, Thirty-first Session, Supplement No. 17 (A/31/17)*, p. 34.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 330, p. 3.

(2) In that event, the Contracting Parties shall determine jointly which provisions of the present Agreement shall continue to apply.

Article 14

(1) This Agreement is concluded for a period of one year and shall be extended for further periods of one year unless it has been denounced in writing three months before expiry by either of the Contracting Parties through the diplomatic channel.

(2) The present Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the Contracting Parties have notified one another that their respective domestic requirements for the entry into force of this Agreement have been met.

Upon the entry into force of this Agreement, the “Treaty of Commerce between the Austrian Republic and the Estonian Republic” of 11 December 1928¹ and the “Final Protocol” thereto shall cease to have effect.

DONE at Vienna on 26 April 1993 in two originals, each in the German and Estonian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Republic
of Estonia:

TOOMAS SILDMÄE

¹ League of Nations, *Treaty Series*, vol. XCII, p. 229.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE D'ESTONIE RELATIF AUX RELATIONS ÉCONOMIQUES EXTÉRIEURES BILATÉRALES

La République d'Autriche et la République d'Estonie, ci-après dénommées les « Parties contractantes »,

Désireuses de renforcer les relations économiques extérieures bilatérales existantes,

Cherchant à encourager les échanges commerciaux et la coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique sur la base de l'égalité de droits et de l'avantage réciproque,

Convaincues que le présent Accord crée des conditions propices et des fondements appropriés à l'expansion des relations économiques extérieures bilatérales,

S'appuyant sur les principes de l'économie de marché,

Dans le cadre de la législation en vigueur dans les deux Etats,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Les Parties contractantes faciliteront et encourageront, dans le cadre de la législation en vigueur dans chaque Etat, les relations économiques extérieures bilatérales entre les entreprises, organisations, sociétés et institutions des deux Etats, ci-après dénommées « entreprises ».

Article 2

1) La République d'Autriche et la République d'Estonie s'accordent mutuellement le traitement de la nation la plus favorisée en ce qui concerne les droits de douane et autres impositions ainsi que le mode de perception de ces droits de douane et autres impositions perçus lors de l'importation ou de l'exportation de marchandises.

2) Les Parties contractantes conviennent que le traitement de la nation la plus favorisée ne s'applique notamment pas aux concessions, avantages ou exemptions que l'une d'elles accorde ou accordera :

a) Aux Etats voisins en vue de faciliter le trafic frontalier,

b) Aux Etats qui appartiennent avec elle à une union douanière ou à une zone de libre-échange ou d'échanges préférentiels qui existe déjà ou sera créée à l'avenir,

c) Aux Etats tiers en application d'accords multilatéraux auxquels l'autre Partie contractante n'est pas partie.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} décembre 1995, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois au cours duquel les Parties contractantes s'étaient notifié (les 6 août 1993 et 1^{er} septembre 1995) l'accomplissement des procédures internes requises, conformément au paragraphe 2 de l'article 14.

Article 3

1) Les Parties contractantes encourageront, dans le cadre de leurs possibilités et de la législation en vigueur dans chaque État, la coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique.

2) Les Parties contractantes conviennent d'offrir des possibilités de coopération en particulier dans les domaines suivants :

- Création de coentreprises et investissement direct,
- Transfert de technologie et de savoir-faire, recherche appliquée, services industriels,
- Agriculture et sylviculture, technique agricole et forestière, machines et équipements agricoles,
- Industrie agro-alimentaire, transformation et entreposage de produits agricoles,
- Revitalisation, modernisation, extension, automatisation des installations existantes, y compris la conversion des armenements,
- Industrie textile, y compris l'industrie des vêtements,
- Industrie du bois, du papier et de la cellulose,
- Métallurgie et travail des métaux, coopération dans le domaine de la technique sidérurgique et métallurgique,
- Industrie chimique, y compris la fabrication d'engrais et de produits phytosanitaires, production et commercialisation de produits chimiques,
- Prospection, extraction, transformation et commercialisation de matières premières minérales, y compris la coopération sur les marchés tiers,
- Industries extractives,
- Prospection, extraction, transformation, transport et commercialisation de sources d'énergie,
- Extension et revitalisation du parc de centrales électriques et du réseau de lignes à haute tension, livraisons d'énergie,
- Protection de l'environnement, de la nature et des paysages,
- Fabrication de matériaux de construction,
- Santé, industrie médicale et pharmaceutique,
- Services financiers et bancaires,
- Formation professionnelle et formation en gestion,
- Organisation et réalisation de foires, expositions, séminaires, échange de missions économiques et d'experts.

3) Dans tous les domaines de coopération, les projets seront, par principe, réalisés conformément aux normes les plus élevées des technologies de l'environnement.

Article 4

Conscientes qu'il faut mettre en place des systèmes d'infrastructures plus rentables et écologiquement justifiables, les Parties contractantes porteront le plus grand intérêt à la coopération dans les domaines suivants :

- Energie,
- Construction de routes,
- Recyclage et valorisation des déchets,
- Transports,
- Chemins de fer,
- Aviation,
- Navigation,
- Télécommunications,
- Secteur de l'eau.

Article 5

Les Parties contractantes conviennent que le tourisme peut contribuer de façon essentielle à l'approfondissement des relations économiques extérieures bilatérales.

1) Les Parties contractantes encourageront le tourisme dans le cadre de la législation en vigueur dans chaque Etat et sur la base des recommandations de la Conférence des Nations Unies sur le tourisme et les voyages internationaux (Rome, 1963) ainsi que de la « Charte du tourisme et Code du tourisme » (Sofia, 1985).

2) La coopération économique, industrielle, technique, technico-scientifique et spécialisée relative aux projets de tourisme ainsi qu'à l'extension des infrastructures correspondantes s'effectuera selon les principes de la protection de l'environnement et de la qualité du tourisme.

Article 6

Les virements entre la République d'Autriche et la République d'Estonie se font en monnaie convertible conformément à la législation en vigueur dans chaque Etat.

Article 7

1) Les échanges commerciaux et la coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique dans le cadre du présent Accord se font sur des bases commerciales.

2) Le commerce entre les entreprises des deux Etats a lieu aux prix du marché.

Article 8

1) Les Parties contractantes engageront des consultations dès que, dans le cadre du commerce entre elles, un produit est importé dans des quantités, à des prix ou à des conditions tels qu'il cause ou menace de causer un dommage grave aux producteurs nationaux de produits similaires ou de produits directement concurrents.

2) Si les Parties contractantes constatent d'un commun accord, au cours de ces consultations, l'existence d'une situation visée au paragraphe 1, les importations seront limitées ou d'autres mesures seront prises pour prévenir ou réparer le dommage.

3) Si les Parties contractantes ne parviennent pas à s'entendre, la Partie contractante qui a demandé les consultations a la faculté de limiter les importations des marchandises incriminées dans la mesure et pendant la durée nécessaires pour prévenir ou réparer le dommage. L'autre Partie contractante a alors la faculté de déroger à ses obligations à l'égard de la première Partie contractante pour un volume d'échanges essentiellement équivalent.

4) Dans les cas où tout délai causerait un tort grave, des mesures provisoires peuvent être prises sans consultations préalables. En pareil cas, la Partie contractante qui a pris les mesures provisoires en informe sans délai et par écrit l'autre Partie contractante. Des consultations doivent être engagées immédiatement après.

5) Pour le choix des mesures visées au présent article, les Parties contractantes donnent la préférence aux mesures qui nuisent le moins à la poursuite de l'application du présent Accord.

Article 9

Les Parties contractantes reconnaissent qu'il est utile et nécessaire que les petites et moyennes entreprises participent davantage aux relations économiques extérieures bilatérales.

Article 10

1) Les Parties contractantes recommandent aux entreprises de trouver avant tout d'un commun accord des solutions amiables à leurs différends.

2) Dans le cadre de la législation en vigueur dans chaque Etat et sur la base des accords contractuels passés entre les entreprises, les Parties contractantes recommandent :

a) Le règlement par des tribunaux arbitraux des différends entre entreprises concernant des arrangements commerciaux et de coopération ainsi que la création de coentreprises et les investissements directs des Parties contractantes,

b) L'application des règles arbitrales élaborées par la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (CNUDCI)¹ et l'intervention d'un tribunal arbitral de l'un des Etats signataires de la Convention pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères conclue à New York en 1958².

Article 11

Les relations juridiques engagées pendant la durée de validité du présent Accord par les entreprises des deux Etats ne sont pas modifiées par l'expiration ou par une modification du présent Accord.

Article 12

Une « Commission mixte » sera convoquée alternativement par l'Autriche ou l'Estonie sur la demande de l'une des deux Parties contractantes, afin de discuter des relations économiques extérieures bilatérales, de mettre en évidence des possibilités de développer encore ces relations, et de présenter éventuellement des propositions de solution aux questions actuelles qui découleraient du présent Accord.

¹ Nations Unies, *Documents officiels de l'Assemblée générale, trente-et-unième session, Supplément n° 17 (A/31/17)*, p. 36.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 330, p. 3.

Article 13

1) Les Parties contractantes ne sont pas liées par le présent Accord dans la mesure où cela serait incompatible avec la situation juridique résultant de la participation de l'une d'elles ou des deux à l'Espace économique européen ou de leur adhésion aux Communautés européennes ou à une organisation leur ayant succédé.

2) En pareil cas, les Parties contractantes déterminent d'un commun accord les dispositions du présent Accord qui demeurent valides.

Article 14

1) Le présent Accord est conclu pour une durée d'un an et sera prorogé à chaque fois d'un an, à moins que l'une des Parties contractantes ne le dénonce par écrit et par la voie diplomatique trois mois avant son expiration.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois où les Parties contractantes se seront notifiées que les conditions intérieures requises pour son entrée en vigueur sont remplies.

3) Avec l'entrée en vigueur du présent Accord, le « Traité de commerce entre la République d'Autriche et la République d'Estonie », en date du 11 décembre 1928, y compris le « Protocole final »¹, cesse de produire ses effets.

FAIT à Vienne le 26 avril 1993, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et estonienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour la République
d'Estonie :

TOOMAS SILDMÄE

¹ Société des Nations, *Recueil des Traités*, vol. XCII, p. 229.

